



Satzung des "Gautinger SportClub e.V."

28.07.2021

§ 1 Name und Sitz

1.1 Der Verein führt den Namen Gautinger SportClub e.V., Kurzbezeichnung GSC e.V. Er hat seinen Sitz in 82131 Gauting, Leutstettener Straße 50. Er ist in das Vereinsregister eingetragen.

1.2 Der Verein ist Mitglied des Bayerischen Landes-Sportverbandes e. V. Durch die Mitgliedschaft von Einzelpersonen zum Verein wird auch die Zugehörigkeit der Einzelpersonen zum Bayerischen Landes-Sportverband vermittelt.

§ 2 Geschäftsjahr

Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 3 Gemeinnützigkeit

3.1 Der Verein ist in Abteilungen untergliedert und verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

3.2 Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Der Verein ist politisch und konfessionell neutral.

3.3 Mittel des Vereins dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.

3.4 Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

3.5 Ausgeschiedene oder ausgeschlossene Mitglieder haben keinen Anspruch auf das Vereinsvermögen.

§ 4 Vereinszweck

Zweck des Vereins ist die Pflege und Förderung des Sportes, der körperlichen Betätigung und der sozialen Integration. Die Mittel zur Erreichung dieses Zieles sind:

- Durchführung eines geordneten Turn- Sport- und Spielbetriebes für alle Sportarten und alle Altersstufen,

- Schaffung und Betreiben neuer Sportstätten, soweit die finanziellen Mittel dafür aufgebracht werden können,
- Bereitstellen der vereinseigenen Sportstätten und Räumlichkeiten grundsätzlich nur für vereinseigene Veranstaltungen und ausschließlich für Zwecke, die dieser Satzung entsprechen. Über Ausnahmen entscheidet der Vereinsausschuss.
- Sachgemäßer Einsatz von Übungsleitern.
- Durchführung von Versammlungen, Vorträgen, Kursen und sportlichen Veranstaltungen

§ 5 Vergütungen für die Vereinstätigkeit

- 5.1.** Die Vereins- und Organämter werden grundsätzlich ehrenamtlich ausgeführt, soweit nicht diese Satzung etwas anderes bestimmt.
- 5.2.** Bei Bedarf können Vereinsämter im Rahmen der haushaltsrechtlichen Möglichkeiten entgeltlich auf Grundlage eines Dienstvertrages oder gegen Zahlung einer angemessenen – auch pauschalen – Aufwandsentschädigung ausgeübt werden.
- 5.3.** Die Entscheidung über eine entgeltliche Vereinstätigkeit nach Absatz 2 trifft der Vereinsausschuss. Gleiches gilt für die Vertragsinhalte und die Vertragsbeendigung.

§ 6 Mitgliedschaft

6.1 Erwerb der Mitgliedschaft

6.1.1 Mitglied des Vereins kann jede natürliche Person werden. Minderjährige bedürfen der schriftlichen Zustimmung des gesetzlichen Vertreters. Mitglied des Vereins können auch andere rechtsfähige Vereine im Sinne des § 4 sein, die Mitglied im Bayerischen Landessportverband e.V. sind. Die Mitglieder des beigetretenen Mitgliedsvereins sind auch Mitglied des Vereins. Für die Mitgliedsvereine und deren Mitglieder gelten die Bestimmungen des § 7a dieser Satzung.

6.1.2 Die Aufnahme eines Mitgliedes setzt dessen schriftlichen Aufnahmeantrag an den Vorstand voraus. Der Vorstand entscheidet über die Aufnahme. Ein Anspruch auf Aufnahme besteht nicht. Die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung des Antrags kann ohne Angabe von Gründen erfolgen.

6.1.3 Als förderndes Mitglied kann aufgenommen werden, wer für den Verein ohne feste Beitragspflicht Geld-, Sachzuwendungen oder unentgeltliche Dienstleistungen erbringt. Ein Stimmrecht ist damit nicht verbunden.

6.2 Beendigung der Mitgliedschaft und Ordnungsmaßnahmen

6.2.1 Die Mitgliedschaft endet

- mit dem Tod des Mitglieds, bei Vereinen mit Ende der Rechtsfähigkeit,
- durch freiwilligen Austritt,
- durch Ausschluss aus dem Verein.

6.2.2 Der dem Vorstand gegenüber schriftlich zu erklärende Austritt ist jederzeit zum Ende des Geschäftsjahres unter Einhaltung einer Frist von einem Monat möglich.

6.2.3 Ein Mitglied kann aus dem Verein ausgeschlossen werden, wenn es seiner Beitragspflicht trotz zweimaliger, schriftlicher Mahnung nicht nachkommt,

Gleiches gilt, wenn es in erheblicher Weise oder wiederholt

- gegen den Vereinszweck oder die Vereinssatzung verstößt oder sich vereinsschädigend verhält,
- sich innerhalb oder außerhalb des Vereins diskriminierend, rassistisch oder gewalttätig verhält.

6.2.4 Zur Antragsstellung ist jedes Vereinsmitglied berechtigt.

6.2.5 Über den Ausschluss entscheidet der Vorstand mit Zweidrittelmehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen nach Anhörung des Abteilungsleiters und/ oder auf dessen Vorschlag. Dem Mitglied ist vorher Gelegenheit zur Äußerung zu geben. Gegen den Beschluss des Vorstandes ist innerhalb von vier Wochen nach Bekanntgabe die schriftliche Anrufung des Vereinsausschusses zulässig. Dieser entscheidet alsdann mit Zweidrittelmehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen in seiner nächsten Sitzung.

6.2.6 Wenn es die Interessen des Vereins gebieten kann der Vorstand seinen Beschluss für vorläufig vollziehbar erklären.

6.2.7 Ein Mitglied kann nach vorheriger Anhörung durch den Vereinsausschuss unter den in Ziffer 5.2.3 genannten Voraussetzungen durch einen Verweis oder mit einer Sperre von längstens einem Jahr an der Teilnahme an sportlichen oder sonstigen Veranstaltungen des Vereins oder der Verbände, welchen der Verein angehört, gemäßregelt werden. Die Entscheidung des Vereinsausschusses ist nicht anfechtbar.

6.2.8 Alle Beschlüsse sind dem betroffenen Vereinsmitglied mittels eingeschriebenen Briefes zuzustellen.

6.2.9 Bei Beendigung der Mitgliedschaft erlöschen alle Ansprüche aus dem Mitgliedschaftsverhältnis. Noch ausstehende Verpflichtungen aus dem Mitgliedschaftsverhältnis, insbesondere ausstehende Beitragspflichten, bleiben hiervon jedoch unberührt.

§ 7 Rechte und Pflichten des Mitgliedes, Stimmrecht

7.1 Rechte des Mitgliedes

7.1.1 Das Mitglied ist berechtigt, die Einrichtungen des Vereins im Rahmen der Abteilungszugehörigkeit zu benutzen.

7.1.2 Jedes Mitglied hat mit Vollendung des 16. Lebensjahres und mindestens dreimonatiger Vereinszugehörigkeit aktives Stimmrecht in der Mitgliederversammlung seiner Abteilung (Abteilungsversammlung).

7.1.3 Jedes Mitglied kann an der Delegiertenversammlung teilnehmen, Anträge stellen und Wahlvorschläge unterbreiten.

7.1.4 Ein Mitglied, das das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, hat ein aktives Stimmrecht, das ausschließlich durch einen gesetzlichen Vertreter ausgeübt werden kann. In diesem Falle ist die Ausübung des Stimmrechts ebenfalls an die allgemeinen Grundsätze gebunden, insbesondere an die Bestimmungen in den Sätzen 1 und 2 zu Ziffer 6.2.1. Mit Vollendung des 18. Lebensjahres kann das Mitglied ein Vereinsamt ausüben. (Passives Wahlrecht). Nicht wählbar für ein Vorstandsamt sind Angestellte des Vereins, auch wenn sie gleichzeitig Mitglied des Vereins sind – das aktive Wahlrecht nach vorstehenden Bestimmungen bleibt unberührt.

7.2 Pflichten des Mitgliedes

7.2.1 Das Mitglied ist verpflichtet, die Satzungen und Ordnungen des Vereins anzuerkennen und zu beachten, sowie die Beschlüsse seiner Organe zu befolgen. Jedes Mitglied hat sich so zu verhalten, dass es dem Wohle und Ansehen des Vereins dient. Es hat die Pflicht, den Vereinszweck zu vertreten, sich für die Ziele des Hauptvereins einzusetzen und die festgelegten Mitgliedsbeiträge zu entrichten.

§ 7a Rechte und Pflichten der Mitgliedsvereine und der Mitglieder der Mitgliedsvereine

7a.1 Einem Mitgliedsverein können durch gesonderte Vereinbarung Rechte und Pflichten einer Abteilung übertragen werden. Die Bestimmungen über die Abteilungen sind in diesem Fall auf den Mitgliedsverein entsprechend anzuwenden.

7a.2 Einem Mitgliedsverein können Gebäude und Freianlagen zur Mitnutzung oder ausschließlichen Nutzung überlassen und auch Sonderrechte übertragen werden. Es ist ein entsprechender Überlassungsvertrag abzuschließen (Nutzungsvereinbarung, Pachtvertrag, Unterpachtvertrag etc.). Im Überlassungsvertrag ist eine angemessene Gegenleistung zu vereinbaren und sicherzustellen, dass die Art der Nutzung dem Vereinszweck entspricht.

7a.3 Mitglieder, die gem. § 6 Abs. 1 Satz 3 Mitglied geworden sind, sind von der Verpflichtung zur Bezahlung von Beiträgen, Aufnahmegebühren und Umlagen gem. § 7 befreit, ihnen stehen jedoch die Mitwirkungsrechte im Sinne des § 7 nicht zu.

§ 8 Mitgliedsbeitrag, Aufnahmegebühr, Umlage

8.1 Der Mitgliedsbeitrag setzt sich aus dem Beitrag für den Verein (Vereinsbeitrag) und dem Beitrag für die Abteilungen (Abteilungsbeitrag) zusammen. Bei Mitgliedschaft in mehreren Abteilungen besteht für jede Abteilungsmitgliedschaft gesonderte Beitragspflicht (Abteilungsbeitrag). Der Beitrag wird durch den Verein einheitlich eingezogen.

8.2 Der Verein kann eine einmalige Aufnahmegebühr erheben.

8.3 Für Sonderausgaben (z.B. größere Instandsetzungsmaßnahmen, größere Bau- oder Investitionsmaßnahmen) kann eine Umlage erhoben werden. Die Umlage darf die Höhe des doppelten Hauptvereinsbeitrages (ohne Addition des Abteilungsbeitrages) nicht überschreiten.

8.4 Der Vereinsausschuss beschließt die Höhe des Vereinsbeitrages, die Höhe der Aufnahmegebühr sowie die Höhe des Abteilungsbeitrages und die Höhe der Aufnahmegebühr für die Abteilung in Form einer Beitragsordnung. Die Beschlüsse über die Höhe des Abteilungsbeitrages und die Höhe der Aufnahmegebühr einer Abteilung erfolgen auf Vorschlag der Abteilungsleiter. Die Entscheidung über die Erhebung und die Höhe einer Umlage für den Verein beschließt die Delegiertenversammlung.

8.5 Während des laufenden Jahres eintretende Mitglieder haben einen anteilmäßigen Mitgliedsbeitrag an den Verein zu entrichten. Der Beitragsanteil ist ab Beginn des Monats, der dem Monat folgt, in dem die Entscheidung über die Aufnahme des Mitgliedes fällt, zu entrichten.

8.6 In begründeten Einzelfällen kann der Vereinsausschuss einen niedrigeren Beitrag oder einen Beitragsverzicht aus sozialen oder ähnlichen Gründen beschließen.

8.7 Die Mitgliedsbeiträge sind Jahresbeiträge und jeweils zum 1. Januar fällig. Die Mitgliedsbeiträge sind spätestens zum 31. Januar eines jeden Jahres im Voraus zu entrichten. Wird der Beitrag nicht bis spätestens 31. Januar des Jahres überwiesen oder kann er bis dahin nicht eingezogen werden, so kommt das Mitglied automatisch in Verzug, ohne dass es gesonderter verzugsbegründender Maßnahmen bedarf. Weiteres regelt die nach 7.4 errichtete Beitragsordnung.

§ 9 Ehrenmitgliedschaft

8.1 Der Vorstand kann für außergewöhnliche Verdienste um den Verein die Ehrenmitgliedschaft verleihen. Der Beschluss des Vorstands erfordert Einstimmigkeit und Bedarf der Zustimmung des Vereinsausschusses. Ein Stimmrecht des Ehrenmitglieds ist damit nicht verbunden, es sei denn, das Ehrenmitglied war bereits vor Verleihung der Ehrenmitgliedschaft stimmberechtigtes Vereinsmitglied.

8.2 Das Ehrenmitglied ist von der Beitragspflicht befreit.

§ 10 Organe des Vereins

10.1 Organe des Vereins sind:

- der Vorstand,
- der Vereinsausschuss (erweiterter Vorstand),
- die Delegiertenversammlung,
- die Abteilungsversammlungen

10.2 Alle Versammlungen der Organe und deren Beschlüsse sind schriftlich zu protokollieren und vom jeweiligen Sitzungsleiter und Protokollführer zu unterzeichnen.

§ 11 Vorstand des Vereins

11.1 Zusammensetzung, Wahl und Abberufung des Vorstandes

11.1.1 Der Vorstand besteht aus

- dem Vorsitzenden,

- einem Stellvertreter,
- dem Schatzmeister,
- dem Schriftführer,
- bis zu drei weiteren Vorstandsmitgliedern (Beisitzern)

11.1.2 Die Mitglieder des Vorstandes werden von der Delegiertenversammlung auf die Dauer von zwei Jahren gewählt. Scheidet ein Mitglied des Vorstandes vor Ablauf der Amtsperiode aus, so ist vom Vereinsausschuss für den Rest der Amtszeit ein neues Vorstandsmitglied hinzuzuwählen. Der Vorstand bleibt bis zur satzungsgemäßen Bestellung des nächsten Vorstandes im Amt, längstens jedoch bis zur nächsten Delegiertenversammlung nach Ablauf der Wahlperiode.

11.1.3 Die Delegiertenversammlung bestimmt vor Durchführung der Neuwahlen durch Beschluss, in welcher Anzahl die Ämter der Stellvertreter und Beisitzer besetzt werden.

11.1.4 Wiederwahl ist zulässig. Verschiedene Vorstandsämter können von einer Person nur dann wahrgenommen werden, wenn ein Vorstandsmitglied frühzeitig ausscheidet und dieses Amt durch eine Nachwahl im Vereinsausschuss nicht besetzt werden kann. Das gilt jedoch nur bis zur nächsten Delegiertenversammlung.

11.1.5 Mitglieder des Vorstandes können ihr Amt am Ende eines Geschäftsjahres niederlegen, wenn sie dies mindestens sechs Monate vor Ende des Geschäftsjahres dem Vorstandsvorsitzenden schriftlich angezeigt haben. Nur aus wichtigen Gründen kann das Amt sofort niedergelegt werden.

11.1.6 Ein Vorstandsmitglied kann bei grober Amtspflichtverletzung oder Unfähigkeit zur Geschäftsführung oder aus sonstigen wichtigen Gründen durch Beschluss des Vereinsausschusses mit einfacher Mehrheit abberufen werden. Der Abberufene kann die Berechtigung der Abberufung binnen einer Frist von einem Monat durch eine eigens hierfür einzuberufende Delegiertenversammlung prüfen lassen. Bis zur Entscheidung der Delegiertenversammlung ruhen die Rechte des abberufenen Vorstandsmitgliedes. Erst nach der Entscheidung der Delegiertenversammlung oder bei Verzicht auf deren Entscheidung durch den Abberufenen kann der Nachfolger bestimmt werden.

11.2 Geschäftsführung und Vertretung

11.2.1 Der Vorstand führt die Geschäfte des Vereins, soweit sie nicht in dieser Satzung einem anderen Organ des Vereins übertragen sind. Der Verein wird gerichtlich und außergerichtlich durch den Vorsitzenden, den stellvertretenden Vorsitzenden, den Schatzmeister und den Schriftführer jeweils zu zweit vertreten (Vorstand im Sinne des § 26 BGB).

11.2.2 Der Vorstand kann mit der Wahrnehmung der laufenden Geschäfte einen ehrenamtlichen oder angestellten Geschäftsführer beauftragen. Der Geschäftsführer wird vom Vorstand bestellt und entlassen. Er handelt nach den vom Vorstand erteilten Weisungen. Der Vorstand soll den Geschäftsführer zu den Vorstandssitzungen, den Sitzungen des Vereinsausschusses und der Delegiertenversammlung hinzuziehen.

11.2.3 Die Geschäftsführung umfasst alle im Vereinsbetrieb anfallenden Geschäfte, soweit sie nicht der Delegiertenversammlung oder dem Vereinsausschuss übertragen sind. Der Vorstand ist insbesondere zuständig

- für die Bereitstellung und den Erhalt der Infrastruktur und
- die Finanzen des Vereins.

Der Vorstand hat der Delegiertenversammlung Bericht zu erstatten.

11.2.4 Der Vorstand hat den Vereinsausschuss in den regelmäßigen Sitzungen über die finanzielle Lage des Vereins zu informieren. Auf Wunsch ist den Mitgliedern des Vereinsausschusses Einblick in vorhandene Unterlagen zu gewähren.

11.2.5 Der Vorstand ist verpflichtet, jährlich ein ausgeglichenes oder positives Geschäftsergebnis zu erwirtschaften. Begründete Abweichungen sind von der Delegiertenversammlung zu genehmigen.

§ 12 Vereinsausschuss

12.1 Zusammensetzung des Vereinsausschusses

12.1.1 Der Vereinsausschuss besteht aus

- den Mitgliedern des Vorstandes,
- den Abteilungsleitern,
- den Vorsitzenden der Mitgliedsvereine, sofern und soweit diesen die Rechte einer Abteilung eingeräumt ist

12.2 Aufgaben des Vereinsausschusses

Dem Vereinsausschuss obliegen folgende Aufgaben:

- Beratung und Unterstützung des Vorstandes,
- Beratung über die vom Vorstand und der Abteilungen berichteten finanzielle Lage des Vereins und der Abteilungen,
- Beschlussfassung über die Neugründung und Auflösung von Abteilungen,
- Entscheidung über Bau- und sonstige Investitionsmaßnahmen sowie die Eingehung von Verbindlichkeiten, soweit diese jeweils ein Volumen von 50.000,- € (i.W. fünfzigtausend Euro) pro Maßnahme überschreiten (Einzelinvestitionsvorhaben),
- Beschlussfassung über eine zweckfremde Verwendung von Vereinseinrichtungen,
- Beschlussfassung über Maßregelungen nach Ziffer 5.2.7,
- Beschlussfassung über die Beiträge in Form der Beitragsordnung nach Ziffer 7.4. mit Ausnahme der Umlage

§ 13 Delegiertenversammlung

13.1 Zusammensetzung

13.1.1 Der Delegiertenversammlung gehören an:

- die Mitglieder des Vorstandes,
- die Mitglieder des Vereinsausschusses,
- je Abteilung pro angefangene 25 Mitglieder ein Delegierter, mindestens jedoch ein Delegierter je Abteilung

13.1.2 Die Delegierten werden ausschließlich von den einzelnen Abteilungen in einer ordentlichen oder außerordentlichen Mitgliederversammlung der jeweiligen Abteilung (Abteilungsversammlung) für die Dauer von zwei Jahren gewählt.

13.1.3 Die Zahl der Delegierten richtet sich nach der Zahl der Mitglieder der Abteilung zum 01.01. des Jahres, in dem die Delegiertenversammlung abgehalten wird.

13.1.4 Sind einem Mitgliedsverein Rechte und Pflichten einer Abteilung übertragen, so gelten zur Bestimmung der Anzahl der Delegierten nach 13.1.1 die Mitglieder des Mitgliedsvereins als Mitglieder der Abteilung.

13.2. Aufgaben der Delegiertenversammlung

Die Delegiertenversammlung übernimmt die Aufgaben der Mitgliederversammlung, nicht jedoch die Aufgaben der Abteilungsversammlungen. Die Delegiertenversammlung hat nachfolgende Aufgaben:

- Entgegennahme der Berichte des Vorstandes und der Kassenprüfer,
- Genehmigung des Geschäftsabschlusses für das abgelaufene Geschäftsjahr,
- Entlastung des Vorstandes,
- Wahl des Vorstandes und der Kassenprüfer,
- Entscheidung über Veräußerung und Belastung von unbeweglichem Vereinsvermögen,
- Entscheidung über Bau- oder andere Investitionsmaßnahmen im Wert von mehr als 100.000,- € (i.W. einhunderttausend Euro) pro Maßnahme (Einzelinvestitionsmaßnahme),
- Entscheidung über die Erhebung und die Höhe einer Umlage
- Entscheidung über Investitionsplanungen
- Aufnahme finanzieller Verpflichtungen im Betrag von mehr als 100.000,- € (i.W. einhunderttausend Euro) pro Maßnahme (Einzelmaßnahme/-investition),
- Beschlussfassung über eine Änderung der Satzung,
- Beschlussfassung über die Auflösung des Vereins oder den Zusammenschluss mit einem anderen Verein,
- Entscheidung über vorliegende Anträge.

13.3. Einladung zur Delegiertenversammlung, Leitung, Termine, Anträge

13.3.1 Die Delegiertenversammlungen sind nicht öffentlich, die durch die Versammlung behandelten Belange stets vertraulich. Der Vorstand kann Gäste zulassen. Vereinsmitglieder, die nicht Delegierte sind, sind berechtigt, an der Delegiertenversammlung teilzunehmen und Anträge zu stellen; sie sind allerdings nicht stimmberechtigt.

13.3.2 Anträge zur Delegiertenversammlung müssen mindestens sieben Tage vor dem Versammlungstermin schriftlich beim Vorstand oder in der Geschäftsstelle eingehen; andernfalls kann eine reguläre Behandlung im Rahmen der Tagesordnung nicht erfolgen. Mit einfacher Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Delegierten kann ein im Laufe der Delegiertenversammlung gestellter Antrag als Dringlichkeitsantrag behandelt werden.

13.3.3 Jede Abteilung hat die Liste der stimmberechtigten Delegierten spätestens sieben Tage vor Beginn der Hauptversammlung bei der Geschäftsstelle einzureichen.

§ 14 Allgemeine Verfahrensbestimmungen

14.1 Einberufung von Organen

14.1.1 Die Organe sind wie folgt einzuberufen:

a) der Vorstand wenigstens einmal pro Quartal, der Vereinsausschuss mindestens zweimal pro Jahr und die Delegiertenversammlung mindestens einmal im Jahr. Die Einberufung obliegt dem Vorsitzenden des Vorstandes.

b) die Abteilungsversammlungen mindestens einmal im Jahr. Die Einberufung obliegt dem Abteilungsleiter.

14.1.2 Die Organe müssen innerhalb einer Frist von sechs Wochen einberufen werden, wenn dies von mindestens einem Drittel der stimmberechtigten Mitglieder bzw. Delegierten schriftlich und unter Angabe der Gründe verlangt wird.

14.2 Ladung

14.2.1 Die Organe sind schriftlich unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist vom mindestens sieben Tagen, die Delegiertenversammlungen und die Abteilungsversammlungen mit einer Frist von mindestens vierzehn Tagen einzuberufen. Die Ladungsfrist beginnt mit dem Tag, an dem die Einladung zur Post gegeben (Datum des Poststempels) oder mittels Telefax versandt worden ist; der Sitzungstag ist nicht mitzurechnen. Von allen Ladungen ist dem Vorstand Kenntnis zu geben.

14.2.2 Eine Ladung kann auch per E-Mail erfolgen, wenn das zu ladende Mitglied zuvor unter Angabe seiner E-Mail-Adresse zugestimmt hat. In diesem Fall gilt die Ladung mit der Absendung der E-Mail als bewirkt.

14.2.3 Eine Ladung, insbesondere die Ladung zur Delegiertenversammlung oder zur Abteilungsversammlung, kann ausschließlich durch Veröffentlichung auf der Homepage des Vereins und im Gautinger Anzeiger erfolgen. Die Ladungsfrist beginnt in diesem Falle mit Einstellung in das Internetangebot und Veröffentlichung im Gautinger Anzeiger.

14.3. Stimmrecht und Vertretung

14.3.1 Jedes Mitglied hat auch bei mehrfachem Vertretungsrecht nur eine Stimme. Zur Stimmabgabe ist persönliche Anwesenheit erforderlich.

14.3.2 Im Vertretungsfall bestimmt sich das Vertretungsrecht für Delegierte nach der Reihenfolge der auf die Ersatzdelegierten entfallenen Stimmen. Die Vorsitzenden werden im Verhinderungsfall von den stellvertretenden Vorsitzenden vertreten. Die Abteilungsleiter werden im Verhinderungsfall von den stellvertretenden Abteilungsleitern vertreten.

14.4. Beschlussfähigkeit

14.4.1 Die Beschlussfähigkeit bei Delegiertenversammlungen und Abteilungsversammlungen ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder gegeben. Alle übrigen Organe sind nur beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist. Die Beschlussfähigkeit besteht so lange, bis auf Antrag das Gegenteil festgestellt ist.

14.4.2 Im Fall der Beschlussunfähigkeit wird die Sitzung innerhalb eines angemessenen Zeitraums mit derselben Tagesordnung, soweit sie noch nicht behandelt ist, wiederholt; die Ladungsfrist kann dabei angemessen verkürzt werden. Es besteht sodann Beschlussfähigkeit ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder.

14.5. Beschlussfassung

Beschlüsse werden, soweit die Satzung nichts anderes bestimmt, mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen gefasst. Satzungsänderungen sowie Beschlüsse über den Verkauf von unbeweglichem Vereinsvermögen bedürfen stets der Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmgleichheit ist der Antrag abgelehnt. Änderungen des Vereinszwecks bedürfen einer Mehrheit von zwei Dritteln der in der Delegiertenversammlung anwesenden stimmberechtigten Mitglieder.

14.6 Video- und Telefonkonferenzen

Die Teilnahme an Sitzungen der Organe sowie die Beschlussfassung können mittels Video- und Telefonkonferenz erfolgen, wenn sichergestellt ist, dass nur teilnahmeberechtigte Personen von dem Inhalt der Sitzung Kenntnis nehmen können. Eine Aufzeichnung ist unzulässig.

§ 15 Allgemeine Bestimmungen für Wahlen

15.1 Verfahren bei allen Wahlen

15.1.1 Bei allen Wahlen sind Teilnehmerlisten zu führen. Jeder Versammlungsteilnehmer hat sich eigenhändig in diese Liste einzutragen. Die Wahlunterlagen dürfen erst nach Eintragung in die Anwesenheitsliste ausgehändigt werden. Satz 2 und 3 gelten nicht, wenn die Teilnahme mittels Video- oder Telefonkonferenz nach 14.6. erfolgt.

15.1.2 Für Wahlen sind Wahlausschüsse zu bilden, die von der Versammlung in offener Abstimmung zu berufen sind. Ihre Mitglieder dürfen nicht dem zu wählenden Organ angehören, müssen aber Mitglieder des Vereins sein.

15.1.3 Die Wahlen erfolgen in offener Abstimmung. Auf Antrag kann durch das abstimmende Organ geheime Wahl beschlossen werden.

15.1.4 Ungültige Stimmen sind bei allen Wahlen Stimmenthaltungen sowie Stimmen, die auf Personen entfallen, die nach den wahlrechtlichen Vorschriften nicht wählbar sind oder ihr Einverständnis mit einer Kandidatur verweigert oder nur bedingt erklärt haben. Auf Nein lautende Stimmen sind nur bei Sammelabstimmungen und Stichwahlen ungültig.

15.1.5 Nicht anwesende Personen können entsprechend der vorstehenden Bestimmung 15.1.4 nur gewählt werden, wenn sie ihr Einverständnis mit der Kandidatur sowie für den Fall der Wahl die Annahme des Amtes unbedingt und schriftlich zu Händen des Versammlungsleiters erklärt haben.

15.2 Einzel- oder Sammelabstimmung

15.2.1 Die Wahl der Delegierten sowie der Beisitzer kann in Einzel- oder Sammelabstimmung erfolgen.

15.2.2 Alle übrigen Ämter sind in Einzelabstimmung zu wählen.

15.3 Besondere Bestimmungen für Einzelabstimmungen

Bei einer Einzelabstimmung ist gewählt, wer die relative Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereint; wer mehr Nein- als Ja-Stimmen erhält, ist nicht gewählt. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

15.4 Besondere Bestimmungen für Sammelabstimmungen

15.4.1 Wählbar sind nur vorgeschlagene Personen, es sei denn, dass die Zahl der Vorgeschlagenen geringer ist als die Zahl der zu Wählenden.

15.4.2 Stimmberechtigte haben jeweils so viele Stimmen wie Bewerber zu wählen sind (mögliche Stimmen). Ersatzdelegierte können mit den Delegierten in derselben Sammelabstimmung gewählt werden; in diesem Fall errechnet sich die Zahl der möglichen Stimmen aus der Anzahl der Delegierten und der Ersatzdelegierten.

15.4.3 Ungültig sind Stimmzettel, auf denen weniger als die Hälfte der möglichen Stimmen für wählbare Bewerber oder mehr als die möglichen Stimmen abgegeben sind; bei der Berechnung der Mindeststimmenzahl ist nach oben aufzurunden.

15.4.4 Gewählt sind diejenigen Bewerber, die die relative Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereinigen. Die Reihenfolge der Gewählten ergibt sich aus den auf die Bewerber entfallenen Stimmenzahlen, sofern über die Reihenfolge nicht gesondert abgestimmt wird.

15.4.5 Eine Sammelabstimmung kann auch als Blockwahl (Sonderfall der Sammelabstimmung) erfolgen. Dazu stimmt die Versammlung über eine vorbereitete Liste oder über Teile einer solchen Liste von sich bewerbenden Personen im Ganzen in einem Wahlgang ab. Die Liste ist angenommen, wenn sie die relative Mehrheit der gültig abgegebenen Stimmen auf sich vereint. Eine Reihung nach Stimmzahl (Ziffer 15.4.4) findet im Falle der Blockwahl also nicht statt. Änderungsanträge oder Streichungen von Namen müssen zugelassen werden; über sie ist vorweg in Einzelabstimmungen abzustimmen.

§ 16 Kassenprüfung/ Revision

Die Delegiertenversammlung wählt auf die Dauer von zwei Jahren einen Kassenprüfer/ Revisor. Ein weiterer Kassenprüfer/ Revisor kann durch den Vereinsausschuss durch Beschluss – ebenfalls jeweils auf die Dauer von zwei Jahren - bestimmt werden. Wiederholte Wiederwahl/Benennung ist zulässig.

Es dürfen keine Mitglieder des Vorstandes oder Vereinsausschusses gewählt/ benannt werden. Die Kassenprüfer/ Revisoren haben die Geschäfte, das Ausgabeverhalten, die Buchführung und den Jahresabschluss des Vereins zu prüfen und der Delegiertenversammlung einen Jahresbericht zu unterbreiten.

§ 17 Abteilungen

17.1 Rechtliche Stellung

Für die im Verein betriebenen Sportarten können mit Beschluss des Vereinsausschusses rechtlich unselbstständige organisatorische Untergliederungen (Abteilungen) gebildet werden. Den Abteilungen steht das Recht zu, in ihrem eigenen sportlichen Bereich tätig zu sein. Die Abteilungen führen und verwalten sich grundsätzlich selbstständig und nehmen die Aufgaben im Rahmen des satzungsmäßigen Vereinszwecks und unter Maßgabe der in der Satzung niedergelegten Bestimmungen für die jeweiligen Sportarten wahr. Die Abteilungen sind jedoch an die Beschlüsse gehalten, die durch die übrigen Organe des Vereins gefasst werden.

17.2 Mitgliedschaft in den Abteilungen

17.2.1 Voraussetzung einer Mitgliedschaft in einer Abteilung des Vereins ist die Mitgliedschaft im Verein selbst. Es gibt nur eine einheitliche Vereinsmitgliedschaft. Mitglieder können Mitglied in mehreren Abteilungen werden, wobei für jede Abteilungsmitgliedschaft Abteilungsbeitragspflicht besteht.

17.2.2 Die Abteilungen können darüber hinaus weitere Kriterien und Voraussetzungen für die Aufnahme der Sporttätigkeit in ihrer Abteilung festlegen. Dazu gehören insbesondere die sportartspezifischen Voraussetzungen wie z. B. die Beantragung eines Spieler- oder Wettkampfpasses.

17.2.3 Alle Erklärungen eines Mitglieds zum Erwerb und zur Beendigung der Mitgliedschaft in einer Abteilung müssen schriftlich erfolgen.

17.3 Rechte und Pflichten der Mitglieder

17.3.1 Die Abteilungsmitglieder sind an die Beschlüsse und Regelungen der Abteilungen gebunden und erkennen diese an.

17.3.2 Das Mitglied ist berechtigt, im Rahmen der Abteilungszugehörigkeit alle Einrichtungen des Vereins in der entsprechenden Abteilung zu benutzen. Bei der Benutzung der Einrichtungen sind die Ordnungen der Abteilung sowie die jeweilige Hausordnung zu beachten. Den Anordnungen der Übungsleiter und des Hausmeisters ist Folge zu leisten.

17.4 Organe der Abteilung

Organe der Abteilung sind:

- die Abteilungsleitung
- die Abteilungsversammlung

17.5 Abteilungsleitung

17.5.1 Die Abteilungsleitung besteht aus

- dem Abteilungsleiter,
- einem Stellvertreter.

17.5.2 Der Abteilungsleiter und sein Stellvertreter sind nicht besondere Vertreter gemäß § 30 BGB. Vertretungsbefugt ist allein der Vereinsvorstand.

17.5.3 Die Abteilungsleitung wird von der Abteilungsversammlung auf die Dauer von zwei Jahren gewählt. Es gelten neben den allgemeinen Bestimmungen zur Wahl die Regelungen für die Wahl des Vorstands analog.

17.5.4 Im Übrigen gelten für die Aufgaben, die Fragen der Bestellung etc. die Regelungen der Vereinssatzung.

17.6 Abteilungsversammlung

17.6.1 Die Abteilungsversammlung findet mindestens einmal jährlich statt und wird von der Abteilungsleitung schriftlich einberufen. Im Übrigen gelten die allgemeinen Regelungen der Satzung und die Regelungen zur Delegiertenversammlung entsprechend.

17.6.2 Der Vorstand hat das Recht, an den Abteilungsversammlungen teilzunehmen. Einladungen zu den Abteilungsversammlungen sind dem Vorstand zuzuleiten.

17.6.3 Die Abteilungsversammlung ist für folgende Aufgaben zuständig:

- Entgegennahme der Berichte der Abteilungsleitung,

- Entlastung der Abteilungsleitung,
- Wahl der Abteilungsleitung,
- Wahl der Delegierten zur Delegiertenversammlung,
- Beratung und Beschlussfassung über vorliegende Anträge.

17.7 Abteilungshaushalt

17.7.1 Die Abteilungen erheben Abteilungsbeiträge. Diese werden vom Verein zusammen mit dem Beitrag für den Verein eingezogen. Ein separater Abteilungshaushalt besteht nicht. Die Abteilungsleitung ist in jedem Falle verpflichtet, gegenüber dem Vorstand des Vereins Rechenschaft zu legen; Die Abteilungsleitung unterliegt der uneingeschränkten und jederzeitigen Prüfung durch den Vorstand.

17.7.2 Die Abteilungen können kein eigenes Vermögen bilden.

17.8 Neugründung/Auflösung einer Abteilung

Über eine Neugründung oder Auflösung einer Abteilung beschließt der Vereinsausschuss. Durch die Auflösung einer Abteilung bleibt die Vereinsmitgliedschaft der Abteilungsmitglieder unberührt.

§ 18 Auflösung des Vereins

18.1 Die Auflösung des Vereins kann nur in einer eigens zu diesem Zweck und unter Einhaltung einer vierwöchigen Frist einberufenen Delegiertenversammlung beschlossen werden. In dieser Versammlung müssen vier Fünftel der stimmberechtigten Delegierten anwesend sein. Zur Beschlussfassung ist eine Dreiviertelmehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen notwendig. Kommt eine Beschlussfassung nicht zustande, so ist innerhalb von vier Wochen eine weitere Delegiertenversammlung einzuberufen, die ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Delegierten beschlussfähig ist. Darauf ist bei der Einberufung hinzuweisen.

18.2 In der Auflösungsversammlung bestellen die Delegierten die Liquidatoren, die dann die laufenden Geschäfte abzuwickeln haben.

18.3 Das nach Auflösung des Vereins oder Wegfall des bisherigen Zwecks verbleibende Vermögen fällt an die Gemeinde Gauting mit der Maßgabe, es wiederum unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke im Sinne der Satzung zu verwenden.

§ 19 Haftungsausschluss

19.1 Die Haftung des Vereins beschränkt sich auf eine vorsätzliche Pflichtverletzung oder grobe Fahrlässigkeit durch die Mitglieder des Vorstandes. Die Haftung für fahrlässiges Verhalten der Organe sowie für jedwedes Verschulden der Erfüllungsgehilfen gegenüber den Vereinsmitgliedern ist ausgeschlossen. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche von Vereinsmitgliedern gegen den Verein bzw. gegen handelnde Vereinsmitglieder bestehen, hat der Geschädigte auch das Verschulden des für den Verein Handelnden und die Kausalität zwischen Pflichtverletzung und Schaden zu beweisen.

19.2 Eine unmittelbare Haftung der Vereinsmitglieder, insbesondere des Vorstandes, für Schadensersatzansprüche gegen den Verein ist ausgeschlossen.

19.3 Um die Bereitschaft geeigneter Personen zur Übernahme von Vereinsämtern und Vereinsaufgaben zu erleichtern, verpflichtet sich der Verein, diese Personen mit Amtsübernahme angemessen zu versichern oder, wenn eine entsprechende Versicherung nicht zustande kommt, diese Personen von jeglicher Haftung (außer aufgrund Vorsatz und grober Fahrlässigkeit) Dritter freizustellen. Hierdurch soll auch gewährleistet sein, dass eventuelle Schadensersatzansprüche des Vereins erfüllt werden können.

§ 20 Datenschutz

20.1. Zur Erfüllung der satzungsgemäßen Aufgaben des Vereines und der Verpflichtungen, die sich aus der Mitgliedschaft im Bayerischen Landes-Sportverband e.V. (BLSV) und aus der Mitgliedschaft in dessen zuständigen Sportfachverbänden ergeben, werden im Verein unter Beachtung der rechtlichen Vorschriften, insbesondere der EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) sowie des Bundesdatenschutzgesetzes neue Fassung (BDSG) folgende personenbezogene Daten von Vereinsmitgliedern, von Funktionsträgern und Übungsleitern digital gespeichert:

Name, Adresse, Geburtsdatum, Geschlecht, Telefonnummer, E-Mailadresse, Bankverbindung, Spartenzugehörigkeit, Zeiten der Vereinszugehörigkeit.

20.2. Den Organen des Vereins, allen Mitarbeitern oder sonst für den Verein Tätigen ist es untersagt, personenbezogene Daten unbefugt zu anderen als dem zur jeweiligen Aufgabenerfüllung gehörenden Zweck zu verarbeiten, bekannt zu geben, Dritten zugänglich zu machen oder sonst zu nutzen. Diese Pflicht besteht auch nach dem Ausscheiden des Mitglieds aus dem Verein fort.

Als Mitglied des BLSV ist der Verein verpflichtet, im Rahmen der Bestandsmeldung folgende Daten seiner Mitglieder an den BLSV zu melden:

Name, Geburtsdatum, Geschlecht, Sportartenzugehörigkeit.

Die Meldung dient zu Verwaltungs- und Organisationszwecken des BLSV.

Soweit sich aus dem Betreiben bestimmter Sportarten im Verein eine Zuordnung zu bestimmten Sportfachverbänden ergibt, werden diesen für deren Verwaltungs- und Organisationszwecke bzw. zur Durchführung des Wettkampfbetriebes die erforderlichen Daten betroffener Vereinsmitglieder ebenfalls zur Verfügung gestellt:

20.3. Zur Wahrnehmung satzungsgemäßer Mitgliederrechte kann bei Verlangen der Vorstand gegen die schriftliche Versicherung, dass die Adressen nicht zu anderen Zwecken verwendet werden, Mitgliedern, Funktionsträgern, Übungsleitern und Wettkampfrichtern bei Darlegung eines berechtigten Interesses Einsicht in das Mitgliederverzeichnis gewähren.

20.4. Im Zusammenhang mit seinem Sportbetrieb sowie sonstigen satzungsgemäßen Veranstaltungen veröffentlicht der Verein personenbezogene Daten und Fotos seiner Mitglieder in seiner Vereinszeitung sowie auf seiner Homepage und übermittelt Daten und Fotos zur Veröffentlichung an Print- und Telemedien sowie elektronische Medien.

20.5. Durch ihre Mitgliedschaft und die damit verbundene Anerkennung dieser Satzung stimmen die Mitglieder der Verarbeitung (Erheben, Erfassen, Organisieren, Ordnen, Speichern, Anpassen, Verändern, Auslesen, Abfragen, Verwenden, Offenlegen,

Übermitteln, Verbreiten, Abgleichen, Verknüpfen, Einschränken, Löschen, Vernichten) ihrer personenbezogenen Daten in dem vorgenannten Ausmaß und Umfang zu.

Eine anderweitige, über die Erfüllung seiner satzungsgemäßen Aufgaben und Zwecke hinausgehende Datenverwendung ist dem Verein – abgesehen von einer ausdrücklichen Einwilligung – nur erlaubt, sofern er aufgrund einer rechtlichen Verpflichtung, der Erfüllung eines Vertrages oder zur Wahrung berechtigter Interessen, sofern nicht die Interessen der betroffenen Personen überwiegen, hierzu verpflichtet ist. Ein Datenverkauf ist nicht statthaft.

20.6. Jedes Mitglied hat im Rahmen der rechtlichen Vorschriften, insbesondere der DSGVO und des BDSG, das Recht auf Auskunft über die zu seiner Person gespeicherten Daten, deren Empfänger und den Zweck der Speicherung sowie auf Berichtigung, Löschung oder Sperrung, Einschränkung, Widerspruch und Übertragbarkeit seiner Daten.

20.7. Bei Beendigung der Mitgliedschaft werden personenbezogene Daten gelöscht, sobald ihre Kenntnis nicht mehr erforderlich ist. Daten, die einer gesetzlichen oder satzungsmäßigen Aufbewahrungspflicht unterliegen, werden für die weitere Verwendung gesperrt und nach Ablauf der Aufbewahrungspflicht gelöscht.

20.8. Die vereins- und personenbezogenen Daten werden durch geeignete technische und organisatorische Maßnahmen vor dem Zugriff Dritter geschützt.

20.9. Zur Überwachung der Datenschutzbestimmungen wird vom Vorstand ein Datenschutzbeauftragter bestellt

§ 21 Anzuwendende Vorschriften

Soweit in der Satzung nichts anderes vorgesehen ist, gelten die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches.

§ 22 Aushändigung der Satzung

Diese Satzung wird auf Verlangen jedem Mitglied ausgehändigt. Sie ist in der jeweils aktuellen Fassung, wie auch die Beitragsordnung, zur jederzeitigen Einsichtnahme auf der Homepage des Vereins abrufbar.

§ 23 Inkrafttreten

Die Satzung in der vorliegenden Fassung wurde am 28.07.2021 in Gauting beschlossen und tritt mit der Eintragung ins Vereinsregister in Kraft.